

ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 13. April 2017 – 1/2017

Frankreich hat die Wahl

Das Tauziehen um die französische Präsidentschaft in der entscheidenden Phase

Reinhard Meier-Walser /// Am 23. April 2017 findet der erste Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahlen statt. Die Notwendigkeit einer Stichwahl am 7. Mai 2017 gilt als sicher. Diese werden aktuellen Umfragen zufolge Marine Le Pen vom extrem rechten „Front National“ und entweder Emmanuel Macron von der unabhängigen Bewegung „En Marche“, der konservative François Fillon von Les Républicains oder der Linkspopulist Jean-Luc Mélenchon erreichen. Wer allerdings den zweiten Wahlgang gewinnen und als Nachfolger von Amtsinhaber François Hollande in den Pariser Élysée-Palast, den Amtssitz des Präsidenten der Republik, einziehen wird, kann wegen der diversen inneren Probleme und volatilen politischen Situation Frankreichs derzeit noch nicht seriös kalkuliert werden. ///

Frankreich hat die Wahl

Das Tauziehen um die französische Präsidentschaft in der entscheidenden Phase

Reinhard Meier-Walser

Am 23. April 2017 findet der erste Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahlen statt, bei der der Nachfolger von Amtsinhaber François Hollande ermittelt wird. Die Notwendigkeit einer Stichwahl am 7. Mai 2017 gilt als sicher. Derzeitigen Umfragen zufolge werden Marine Le Pen (liegt derzeit bei 24 Prozent) vom extrem rechten „Front National“ und entweder Emmanuel Macron (ebenfalls 24 Prozent) von der unabhängigen Bewegung „En Marche“, der konservative François Fillon (17 Prozent) von Les Républicains oder der Linkspopulist Jean-Luc Mélenchon (18 Prozent) die Stichwahl erreichen.

Allerdings ist wegen der politischen Volatilität selbst in stabilen Demokratien Vorsicht gegenüber Meinungsumfragen geboten. Das haben im vergangenen Jahr das britische Votum zugunsten des Brexit und die Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA deutlich belegt, zumal beide Entscheidungen von den Meinungsforschungsinstituten mehrheitlich nicht erwartet worden waren. Die gegenwärtige politische Situation in Frankreich ist durch mannigfaltige innere Krisen und Probleme gekennzeichnet, was die Erstellung seriöser Prognosen zusätzlich erschwert. Vor diesem Hintergrund ist der Ausgang der Stichwahl am 7. Mai derzeit noch nicht kalkulierbar und damit auch noch offen, wer als Nachfolger von François Hollande in den Pariser Élysée-Palast, den Amtssitz des Präsidenten der Republik, einziehen wird. Fest steht allerdings, dass das Endergebnis der französischen Präsidentschaftswahlen (in Kombination mit der Wahl der Abgeordneten der Nationalversammlung am 11. und 18. Juni 2017) nicht nur für die „Grande Nation“ selbst, sondern auch für die deutsch-französischen Beziehungen und für die gesamte Europäische Integration weitreichende Konsequenzen haben wird.

Die zentrale Machtposition des Präsidenten der Republik

Die Wahlen sind wegen der außergewöhnlichen Machtposition des Präsidenten der Republik von herausgehobener Bedeutung: Im politischen System Frankreichs regelt die Verfassung der Fünften Republik vom Oktober 1958 das Gewicht der verschiedenen Gewalten, wobei der Präsident der Republik die zentrale Figur der Verfassung ist, die die Einheit der Nation und die Kontinuität des Staates verkörpert. Er führt den Vorsitz im Ministerrat, verkündet die Gesetze und besitzt seit der Einführung der Direktwahl im Jahre 1962 eine unmittelbare Legitimation durch das französische Volk, „dem er allein Rechenschaft schuldet. Er ist nicht dem Parlament verantwortlich; auch sind seine Handlungen verfassungsgerichtlich nicht kontrollierbar. Vom

Staatspräsidenten anderer parlamentarischer Demokratien unterscheidet ihn des Weiteren, dass er eigenständige Kompetenzen besitzt, die keiner Gegenzeichnung seitens des Regierungschefs oder eines Ministers bedürfen.“¹ So ernennt er den Premierminister und auf dessen Vorschlag die Regierung; er hat das Recht, die Nationalversammlung aufzulösen; er besitzt Sondervollmachten im Notstandsfall; er ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte und besitzt die Einsatzvollmacht über die nuklear bewaffnete „Force de Frappe“. Auch hat der Staatspräsident im Sinne der für ihr reservierten Domäne der Außenpolitik (Domaine réservé) das Recht, internationale Verträge auszuhandeln und er kann diese selbst ratifizieren.²

Die Kandidaten und ihre politische Programmatik³

Die politische Landschaft Frankreichs hat sich im Laufe der vergangenen Jahre dramatisch verändert: Die tiefgreifende Wirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit und hoher Staatsverschuldung sowie schwerwiegende soziale und kulturelle Spannungen, schreckliche islamistische Terroranschläge und politische Affären und Skandale haben dazu geführt, dass mit dem Sozialisten François Hollande zum ersten Mal in der Geschichte der Fünften Republik ein amtierender Präsident (mangels realistischer Chancen, überhaupt in die Stichwahl zu gelangen) darauf verzichtete, für eine zweite Amtszeit zu kandidieren. Ebenso wie die Sozialisten, deren Präsidentschaftskandidaten Benoît Hamon nur äußerst geringe Chancen eingeräumt werden, nach dem ersten Wahlgang weiterzukommen, befinden sich auch die Konservativen in einer schwierigen und delikaten Situation und ein Erreichen der Stichwahl ihres Kandidaten François Fillon gilt nicht als sicher. Sollten die Präsidentschaftskandidaten der beiden großen politischen Lager der Sozialisten und der Konservativen, die die Fünfte Republik seit 1958 traditionell dominiert haben, nach dem ersten Wahlgang am 23. April ausscheiden, würde/n die betroffene/n Partei/en möglicherweise sogar vor dem Zerfall stehen.

Die Spaltung des sozialistischen Lagers

Gegenwärtig deuten alle seriösen Prognosen darauf hin, dass zumindest der sozialistische Präsidentschaftsbewerber Benoît Hamon den ersten Wahlgang nicht überstehen wird. Hamon, Parteilinker und ehemaliger Erziehungsminister, hatte im Januar 2017 die Vorwahlen (Primaires) gewonnen und zur Überraschung der meisten Beobachter dabei den als Favoriten gehandelten ehemaligen Premier Manuel Valls hinter sich gelassen. Letzterer „rächte“ sich für die schmerzliche Niederlage insofern, als er Ende März ankündigte, er werde nicht seinen Parteifreund Hamon, sondern den unabhängigen Kandidaten Emmanuel Macron unterstützen. Nur Macron könne einen Sieg Le Pens verhindern, während Hamons Strategie zur Verhinderung eines Sieges des Front National „verfehlt“ sei, so Valls.⁴

Hamon, dessen zentrale politische Forderung ein bedingungsloses Grundeinkommen von monatlich 750 Euro (finanziert zumindest teilweise durch eine Maschinensteuer) ist, kämpft mit dem

Problem, dass er durch seine Position als Parteilinker die moderaten sozialdemokratischen Kräfte verprellt hat. Gleichzeitig erfährt er aber auch starke Konkurrenz durch den linkspopulistischen Präsidentschaftskandidaten Jean-Luc Mélenchon, der ursprünglich Mitglied der Sozialisten war, dann die „Linkspartei“ („Parti de Gauche“) gegründet hatte und jetzt für die Bewegung „La France insoumise“ („Das rebellische Frankreich“) antritt. Der ehemalige Trotzkiist verspricht ein Ende der „politischen Korruption“ der derzeitigen „präsidialen Monarchie“ und wirbt mit einem protektionistischen und antikapitalistischen Programm, das einen Austritt Frankreichs aus EU und NATO vorsieht.⁵ Mélenchon, der Fidel Castro und Hugo Chávez zu seinen Vorbildern zählt, hat im Laufe des Wahlkampfes auf rund 18 Prozent zugelegt und liegt mittlerweile weit vor Hamon, dessen Vorschlag einer linken Wahlallianz er „fast hochnäsig abgelehnt“ hat.⁶ Hamon muss nun sogar befürchten, dass sich am 23. April 2017 wiederholt, was sich vor 15 Jahren bereits schon einmal ereignet hatte. Damals war der damalige Präsidentschaftskandidat der Sozialisten, Lionel Jospin, im ersten Wahlgang am 21. April 2002 mit nur 16 Prozent der Wählerstimmen gegen Jean-Marie Le Pen (17 Prozent) und den späteren Präsidenten Jacques Chirac (20 Prozent) ausgeschieden.

„Penelopegate“ – Der Mühlstein der Republikaner

Die Konservativen, die ihren ursprünglichen Parteinamen „Union pour un Mouvement Populaire“ („Union für eine Volksbewegung“) abgelegt und sich in „Les Républicains“ („Die Republikaner“) umbenannt hatten, haben ihren Präsidentschaftskandidaten ebenso wie die Sozialisten in Vorwahlen ermittelt. Und auch im republikanischen Lager kam es bei den Primaires im November 2016 zu einer Überraschung, zumal der eher als Außenseiter gehandelte Wirtschaftsliberale François Fillon sich sowohl gegen den ehemaligen Präsidenten Nicholas Sarkozy als auch den früheren Premierminister und derzeitigen Bürgermeister von Bordeaux, Alain Juppé, durchsetzen konnte.

Fillon, der bereits in den 1990er-Jahren mehrere Ministerämter bekleidete und während der Präsidentschaft Sarkozys von 2007 bis 2012 Premierminister war, legte in seinem gaullistisch geprägten Wahlprogramm drei Prioritäten fest, die sogleich als „konservative Revolution“ interpretiert wurden: „Die französische Wirtschaft soll einer strikten Liberalisierungskur unterzogen werden, der Staat seine Autorität zurückerlangen und die republikanischen Werte sollen in der französischen Gesellschaft gestärkt werden.“⁷ Fillon präsentierte ein radikales wirtschaftsliberales Reformprogramm (Abschaffung der 35-Stunden-Woche, Renteneintritt mit 65, Senkung der Staatsausgaben durch Streichung von 500.000 Beamtenstellen etc.) und schien nach seinem überraschenden Vorwahlsieg zunächst der „Garant für die Niederlage Le Pens“⁸ zu sein.

Seine erfolgreiche Selbstinszenierung als „Kandidat der Rechtschaffenheit“ bei den Vorwahlen, in denen er einen „Kontrapunkt gegen Sarkozy, den ewig Skandalumwitterten“ gesetzt hatte,⁹ wandelte sich allerdings ins Kontraproduktive, als die Wochenzeitung „Le Canard enchaîné“ dem Kandidaten der Republikaner vorwarf, er habe seine Frau Penelope jahrelang auf Staats-

kosten beschäftigt und ihr ohne signifikante Gegenleistung insgesamt rund 900.000 Euro ausbezahlt. Schadete diese „Entzauberung“ des „Saubermannes“¹⁰ Fillon bereits den Wahlperspektiven der Republikaner erheblich, so verschlimmerte deren Kandidat die ohnehin delikate Situation zusätzlich, indem er der unabhängigen französischen Justiz im Zuge deren Prüfung der Vorwürfe Einmischung in den Wahlkampf und „politischen Mord“ vorwarf. Im Ergebnis sackte der einstige Hoffnungsträger der demokratischen Rechten weiter ab und liegt mittlerweile hinter Le Pen, Macron und knapp hinter Mélenchon auf Platz vier.

Fillons Kernproblem bleibt seine geschwundene Glaubwürdigkeit im Zuge von „Penelopegate“: „Wie soll ein Konservativer, der harte Reformen in der Sozialversorgung fordert, in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftlichem Stillstand erfolgreich Wahlkampf gegen linke und rechte Populisten führen, wenn er zugleich Vorwürfe nicht entkräften kann, seine Frau sei für ‚fiktive Beschäftigungen‘ üppig und jahrelang auf Kosten des Staates bezahlt worden?“¹¹

Shooting Star Macron

Von den Problemen der Sozialisten und der Republikaner scheint vor allem Emmanuel Macron zu profitieren, der sich im Kreise politischer Analysten das Profil erworben hat, als verkörpere er geradezu die Auflösung des traditionellen Gegensatzes zwischen Rechts und Links. Der in den Medien als „Senkrechtstarter“ und „Shooting Star“ mit „kometenhaftem Aufstieg“ hochstilisierte 39-jährige Gründer der linksliberalen Bewegung „En Marche“ („Vorwärts“) mit mittlerweile über 200.000 registrierten Unterstützern hat sogar gute Aussichten, Nachfolger von Präsident Hollande zu werden.

Der 39-jährige Macron, verheiratet mit seiner 24 Jahre älteren ehemaligen Französisch-Lehrerin, stammt aus dem katholischen Bürgertum im nordfranzösischen Amiens, wo der Sohn eines Ärztteehepaares bereits in der Schulzeit außergewöhnliche Begabung erkennen ließ, Klavier am Konservatorium spielte und Gedichte schrieb. Er studierte Philosophie an der Elitehochschule Sciences Po, wechselte anschließend an die Eliteschmiede ENA, bevor er als hoher Beamter im Finanzministerium tätig wurde. Später trat er in die Dienste des Bankhauses Rothschild ein, bevor Präsident Hollande Macron als Berater ins Kabinett holte. Im Jahr 2014 wurde er Wirtschafts- und Industrieminister, legte dieses Amt allerdings im August 2016 nieder, um sich seiner im April gegründeten Bewegung „En Marche“ zu widmen und auf den Präsidentschaftswahlkampf vorzubereiten.

Macron kann insbesondere bei der jüngeren Bevölkerung und bei der politischen Mitte Punkte sammeln. Er plädiert für umfassende Bildungs- und Sozialreformen, gibt sich betont pro-europäisch und „in seiner geschickt geführten Imagekampagne figuriert er als der Mann, der die Hoffnung der Franzosen auf Veränderung verkörpert“.¹² Er verspricht, das Haushaltsdefizit bereits im Jahr 2017 unter die Drei-Prozent-Marke zu drücken. Bis zum Jahre 2022 will er „60 Milliarden Euro einsparen, davon 25 Milliarden beim Staat, 15 Milliarden bei der staatli-

chen Krankenversicherung, 10 Milliarden bei der Arbeitslosenversicherung und 10 Milliarden bei den Gebietskörperschaften. Statt 500.000 Stellen im öffentlichen Dienst wie Fillon will Macron 120.000 durch Pensionierung frei werdende Posten nicht neu besetzen.“¹³

Die mit Macrons Vorschlägen gleichgesetzte Überwindung des Rechts-Links-Schemas kommt insbesondere in den wirtschafts- und sozialpolitischen Abschnitten seines Wahlprogramms zum Ausdruck, in denen sich Elemente klassischer staatsinterventionistischer Konjunkturprogramme ebenso finden wie weitreichende, auch von der demokratischen Rechten geforderte Strukturreformen.¹⁴

Zwar hat auch Macron ein Glaubwürdigkeitsproblem, zumal seine wahlkampfaktische Positionierung als „Kandidat der unteren Schichten und der Mittelklasse“ nicht unbedingt zu seinem Profil als ehemaliger Investmentbanker passt. Ungeachtet dessen nehmen ihm viele Wähler ab, dass er mit dem politischen Establishment brechen („obwohl er von 2012 bis 2016 Teil des ‚Systems‘ war“) und ein „fortschrittliches Frankreich“ schaffen möchte.¹⁵

Der „Front National“ und sein Projekt „Marine Présidente“

Wie Macron sucht auch die Chefin des rechtsradikalen „Front National“ („Nationale Front“), Marine Le Pen, Nutznießerin der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Malaise Frankreichs zu sein, wenngleich mit völlig anderer Stoßrichtung und Programmatik. Ihr 144 Punkte umfassendes Wahlprogramm stellt die nationalen Interessen Frankreichs in den Vordergrund und fordert einen Ausstieg Frankreichs aus EU und NATO, eine konsequente Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen, eine Bekämpfung der „Islamisierung“ Frankreichs und eine massive Aufrüstung von Polizei und Streitkräften. Wie im Bereich der Außenpolitik klingen auch Le Pens wirtschaftspolitische Forderungen fast identisch wie diejenigen des Linkspopulisten Mélenchon. Le Pen zufolge soll das hoch verschuldete und durch eine erdrückende Staatsquote gelähmte Land seine Sozialprogramme und Subventionen zusätzlich ausbauen, den Beamtenapparat aufstocken, das Pensionsalter auf 60 Jahre senken und an der 35-Stunden-Woche und dem starren Kündigungsschutz festhalten. „Geplant ist ein ‚neues patriotisches Wirtschaftsmodell‘, nach dem ein starker interventionistischer Staat durch umfangreiche Investitionsprogramme und einen ‚intelligenten Protektionismus‘ die unfaire Konkurrenz aus dem Ausland bekämpfen und für eine Re-Industrialisierung des Landes sowie eine starke Landwirtschaft sorgen soll.“¹⁶

Marine Le Pen, die 48-jährige jüngste Tochter des Front-National-Gründers Jean-Marie Le Pen, profitiert zum einen von der Unzufriedenheit der großen Mehrheit der Franzosen mit den etablierten staatstragenden Parteien, zum anderen aber auch davon, dass es ihr gelungen ist, im Rahmen einer „Entdiabolisierungsstrategie“ den Front National „weitgehend von jenem plumphen Rechtsextremismus“ zu befreien, „der den Kurs ihres Vaters bestimmte“.¹⁷ Le Pen versucht den Front National als eine moderne, zukunftsgerichtete Partei zu präsentieren, in der „junge, gut ausgebildete und erfolgreiche Menschen“ für ein „besseres Frankreich“ kämpfen.¹⁸ Obwohl

es auch ungeachtet der von Marine Le Pen initiierten Veränderungen im Front National bei der „kompromisslosen Abschottung nach außen, der vehementen Europafeindlichkeit, der Bewunderung autoritärer Führergestalten wie Putin und der Rhetorik der Systemverachtung“ geblieben ist,¹⁹ hat es die Parteichefin mit ihrer Strategie des „Weichspülens“ geschafft, die Reichweite ihrer rechtsradikalen Bewegung „bis tief hinein in das Wählerreservoir sowohl der Konservativen wie auch der Sozialisten auszudehnen“, so dass der Front National mittlerweile „in allen sozialen Milieus des Landes angekommen“ ist.²⁰

Wie im Falle des republikanischen Kandidaten Fillon wird auch Marine Le Pens Wahlkampf von juristischen Problemen überschattet, zumal das Europaparlament auf Antrag der französischen Justiz ihre Immunität aufgehoben hat. Es wurde der Vorwurf erhoben, die Rechtspopulistin habe 2015 mehrere Photos verbreitet, die der sogenannte „Islamische Staat“ als Propagandamaterial verwendet habe. Ebenso wie die Anschuldigung, sie habe ihre Büroleiterin und ihren Leibwächter aus Mitteln des Europaparlamentes bezahlt, hat die Aufhebung ihrer parlamentarischen Immunität sich allerdings nicht signifikant negativ auf Le Pens Wählergunst ausgewirkt.

Obwohl die Umfragen der Vorsitzenden des Front National (derzeit 24 Prozent) eine gute Perspektive für das Erreichen der Stichwahl bieten, bleibt zu hoffen, dass die Mehrheit der Wahlberechtigten zumindest am 7. Mai Le Pens radikalem Kurs keine Stimme gibt. Denn was immer sie auch politisch suggeriert und verspricht, sie „füttert die Ängste der Menschen, spaltet das Land, verzerrt die Europäische Union zum Feindbild und nährt die Mär, einem Frankreich, das sich wirtschaftlich und politisch abkapselt, werde es in Zukunft besser gehen.“²¹

Fazit: Eine zweite „Französische Revolution“?

„France’s next revolution“ titelte der „Economist“ vor Kurzem und prophezeite, dass das Ergebnis der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen Konsequenzen haben werde, die weit über die Grenzen Frankreichs hinausgingen: Es könne als Folge der Wahlen entweder zu einer Revitalisierung der Europäischen Union (im Falle eines Wahlsieges von Macron) oder zu einem Zerfall der Union (im Falle einer Präsidentschaft Le Pens) kommen.²²

Abgesehen von dem bereits erwähnten Faktum, dass aufgrund mannigfaltiger Unwägbarkeiten der Ausgang der Wahlen ungeachtet der Vorhersagen der Meinungsforscher noch nicht kalkuliert werden kann, ist eine kausale Verknüpfung eines Wahlsieges von Emmanuel Macron mit einer „Revitalisierung“ der Europäischen Union eine kühne Prognose, zumal Macrons Position pro EU und pro Einwanderung von der französischen Gesellschaft bekanntermaßen nicht uneingeschränkt geteilt wird. Ein Wahlsieg Marine Le Pens, das lässt sich hingegen unschwer vorhersagen, hätte dramatische Konsequenzen für Europa: Le Pen („Die EU ist ein anti-demokratisches Monster“) würde von ihrem ersten Amtstag im Élysée-Palast an konsequent versuchen, Frankreich aus der EU zu führen – ein Schritt, der, sollte er gelingen, den deutsch-französischen „Motor“ abwürgen und dem Werk der Europäischen Einigung einen irreparablen Schaden zufügen würde.

Anmerkungen

- ¹ Vogel, Wolfram: Charakteristika des politischen System Frankreichs, 10.3.2005, <http://www.bpb.de/izpb/9130/charakteristika-des-politischen-systems?p=all>, S. 2, Stand: 4.4.2017.
- ² Vgl. ebd., S. 2.
- ³ Insgesamt bewerben sich 11 Personen offiziell um die Präsidentschaft. In der folgenden Darstellung werden die Vertreter von Splitterparteien bzw. offenkundig chancenlosen Gruppierungen nicht berücksichtigt.
- ⁴ Valls: Nur Macron kann Le Pen verhindern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 30.3.2017.
- ⁵ Wiegel, Michaela: Kampf dem Bismarckhering, in: FAZ, 11.4.2017.
- ⁶ Der Volkszorn als Wahlprogramm, in: Neue Zürcher Zeitung, 4.4.2017.
- ⁷ Galetti, Nino / Wissmann, Nele: Eine konservative Revolution? Das Wahlprogramm François Fillons, in: Die Politische Meinung 542/2017, S. 25-30, hier S. 26.
- ⁸ Leggewie, Claus: Emmanuel Macron und der Niedergang der Fünften Republik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2017, S. 55-60, hier S. 57.
- ⁹ Müchler, Günter: Alles offen. Wohin steuert Frankreich und mit wem?, in: Die Politische Meinung 542/2017, S. 12-18, hier S. 15.
- ¹⁰ Ebd., S. 15.
- ¹¹ Lehnartz, Sascha: Fillons Absturz, in: Die Welt, 2.2.2017.
- ¹² Müchler: Alles offen, S. 16.
- ¹³ Wiegel, Michaela: Werben um die Kanzlerin, in: FAZ, 25.2.2017.
- ¹⁴ Vgl. Meister, Martina: Macron wird konkret, Le Pen verliert Immunität, in: Die Welt, 3.3.2017.
- ¹⁵ Pippel, Nadine / Foussier, Gérard: Schwere Zeiten für Demoskopen: Wahlkampf in Deutschland und Frankreich, in: Dokumente 1/2017, S. 8-14, hier S. 10.
- ¹⁶ Tzermias, Nikos: Marine Le Pen bläst zum Angriff, in: FAZ, 7.2.2017.
- ¹⁷ Kempin, Ronja: Der Front National. Erfolg und Perspektiven der „stärksten Partei Frankreichs“, SWP-Studie März 2017, S. 29.
- ¹⁸ Ebd., S. 29.
- ¹⁹ Müchler: Alles offen, S. 17.
- ²⁰ Ebd., S. 18.
- ²¹ Ulrich, Stefan: Reife Republik, in: Süddeutsche Zeitung, 6.3.2017.
- ²² France's next revolution, in: The Economist, 4.3.2017, S. 7.

Autor

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser

ist Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung in München; er lehrt Internationale Politik an der Universität Regensburg.

Tel.: 089/1258-240, E-Mail: MEIER-W@hss.de